

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 41

Mittwoch, den 18. Februar 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: für Schriftleitung 720.
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaachen 3290

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 6te Spalte 0,30 Gulden, Restspalten 1,50 Gulden, in Deutschland 0,40 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Volen nach dem Danziger Tarife.

Der deutsch-rumänische Konflikt.

Rumänien droht mit Beschlagnahme des deutschen Eigentums.

Der Bukarester „Adeverul“ veröffentlicht eine Verordnung des rumänischen Finanzministers, in der alle Behörden aufgefordert werden, ihre geschäftlichen Beziehungen und Verhandlungen mit deutschen Staatsbürgern oder Vertretern des deutschen Staates abzubrechen. Die Schiffe, die rumänisches Öl nach Deutschland bringen sollten, sind zurückberufen worden. In Bukarester politischen Kreisen verläutet, daß die rumänische Regierung den deutschen Gesandten verständigt habe, daß, sobald die deutsche Antwortnote nicht zufriedenstellend sei, das Vermögen der Deutschen in Rumänien sequestriert werde und der Anteil deutscher Staatsbürger an rumänischen Unternehmungen zugunsten des rumänischen Staates beschlagnahmt würde.

Die Berliner „Zeit“, das Sprachrohr Stresemanns, bemerkt zu dem deutsch-rumänischen Konflikt: Aus den Darlegungen, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann über den Konflikt vor dem Auswärtigen Ausschuss gegeben hat, geht klar hervor, daß der rumänischen Regierung jede Grundlage für ihre vom Ministerpräsidenten Bratianu angekündigten Repressalien fehlt. Diese Repressalien, die sich gegen das deutsche Eigentum in Rumänien richten, sind, da sie in dem Friedenszustand vorgenommen werden, völkerrechtlich nicht zu vertreten und müßten ernste Konsequenzen nach sich ziehen.

Der Konfliktfall stammt noch aus der Kriegszeit. Deutschland war nach der Okkupation Rumäniens durch die deutsche Armee gezwungen, Lei-Roten in Höhe von 1 1/2 Milliarden Lei anzugeben. Diese Maßnahme war schon darum geboten, weil die Russen den rumänischen Goldschlag mitgenommen und so den rumänischen Geldapparat zum Erliegen gebracht hatten. Deutschland stellte als Deckung für die Lei-Roten eine Summe sicher, die 1 1/2 Milliarden Mark in Papierwerten betrug. Nach dem Kriege traf die Verwässerung der deutschen Papierwerte ein und damit begann sich die Regelung zwischen Rumänien und Deutschland außerordentlich schwierig zu gestalten. Es haben im Laufe des letzten Jahres allein dreimal Verhandlungen stattgefunden, die alle ergebnislos verliefen. Ein Angebot Deutschlands, die Schuld durch 50 Goldmillionen abzulösen, wurde von Rumänien abgewiesen. Deutschland bewachte immer, daß es zu einer Regelung innerhalb der Reparationssummen bereit wäre. Dieser Standpunkt wird aber von Rumänien nicht geteilt. Anfangs begründete Rumänien seine Forderung auf Valorisierung der Banca-Generalnoten durch den Versailler Vertrag. Es fand aber damit bei der Reparationskommission und auch bei der letzten Tagung der Finanzminister in Paris Ablehnung. Jetzt betonen die Rumänen die Auffassung, daß die Angelegenheit außerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages geregelt werden müsse.

Damit wird die Grundlage der ganzen Debatte erheblich verschoben. Deutschland, das auch heute seine Verpflichtung anerkennt, kann auf eine Regelung außerhalb der Annuitäten gemäß des Dawesplanes nicht eingehen, weil eben dann eine Durchlöcherung des Zahlungsplans stattfindet und Weiterungen, die den ganzen Dawesplan über den Haufen werfen, erfolgen dürften.

Der Leipziger Stöckel-Prozess.

Im Verlaufe der gestrigen Sitzung des Reichsappellationshofes wurden die Richtlinien über die illegale Parteiarbeit sowie ein Parteibefehl verlesen, wonach den Parteimitgliedern der Polizei und dem Gericht gegenüber ein unbedingtes Schweigebefehl auferlegt wird. Angeklagter Neumann erklärte, beide Dokumente nicht zu kennen. Im Anschluß hieran kam der Fall Schlotter zur Besprechung. Neumann hatte vorgeschlagen, den Schlotter in einem Zofal niederzuschlagen und ihm die Schlagader mit einem Rasiermesser aufzuschneiden. Schlotter kam jedoch an den fraglichen Abend nicht. Im weiteren Verlauf kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Tätigkeit des Angeklagten Neumann in der Partei. Rechtsanwält Dr. Wolff führt an, daß Neumann auf Grund seines von der kommunistischen Internationales aus Russland erhaltenen Befehls zum mindesten dem Vorsitzenden der deutschen Partei als ebenbürtig zur Seite gestellt worden sei. Hiernach äußert sich Neumann über seine Verhaftung: Sie erfolgte am 27. Februar im Anschluß an eine Geburtstagsfeier bei Wörner. Als nach 12 Uhr Polizeibeamte in das Lokal kamen, fing Neumann, der hart angegriffen war, Streit mit ihnen an. Als er von einem Beamten zur Wache geführt werden sollte, machte er, da er Material und Papiere bei sich hatte, einen Mißgriff. Dem Polizeibeamten gelang es jedoch, ihn zu verhaften.

Von der russischen Botschaft geht dem R.F.V. folgende Erklärung zu: Die Botschaft der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland hat sich bisher zu den Aussagen des Angeklagten Neumann in dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig nicht geäußert, weil die Galtlosigkeit dieser Aussagen offenbar lag. Da aber an diese Aussagen verschiedene Pressekommentare geknüpft wurden, hält es die Botschaft der Union für zweckmäßig, zu erklären, daß die Aussagen des Angeklagten Neumann, insofern sie sich auf die Botschaft und die Arbeiterpartei der Union beziehen, vollständig erdichtet sind und kein wahres Wort enthalten. — Es gehört ja zu der Politik der Kommunisten, alle ihnen unangenehmen Tatsachen abzuleugnen, und auch die verführten Opfer ihrer Propaganda erbarmungslos der Justiz zu opfern, wenn jedoch Sowjetland nur einen Vorteil hat.

Der Parteiausschuss fordert Klarheit und Festigkeit.

Der Parteiausschuss der Deutschen Sozialdemokratie, der Montag und Dienstag in Baden tagte, befaßte sich mit der allgemeinen politischen Lage. Er nahm zum Schluß seiner Beratungen einstimmig folgenden Beschluß an:

Der Parteiausschuss gibt nach eingehender Verhandlung seiner Überzeugung Ausdruck, daß der von der Partei eingeschickte Prüfungsausschuss seine verantwortungsvolle Tätigkeit in richtiger und geeigneter Weise ausübt hat und vertraut darauf, daß der Ausschuss auch weiterhin die erhobenen Vorwürfe gegen einzelne Parteigenossen prüfen und daraus gegebenenfalls alle erforderlichen Konsequenzen rücksichtslos ziehen wird.

Der Parteiausschuss warnt zugleich die Parteigenossen dringend, sich durch den systematischen Verleumdungsfeldzug, den gerade die erbittertesten Feinde der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterbewegung inszeniert haben, verwickeln zu lassen, und so das Spiel der Reaktion zu erleichtern.

Die Bedeutung der belgischen Wahlen.

Im Pariser „Quotidien“ setzte der belgische Sozialistenführer Vandervelde auseinander, wie wichtig ein Sieg der Linken bei den bevorstehenden belgischen Wahlen vom Gesichtspunkte der internationalen Politik aus ist. Siegte die Rechte, nämlich die Katholiken mit Unterstützung der Liberalen, dann wäre die Hoffnung auf ein Gelingen des Genfer Protokolls fast vernichtet. Anstatt eine internationale Lösung des Sicherheitsproblems anzustreben, würde sich die Rechte mit einer teilweisen, selbstmüßigen Lösung begnügen. Sie würde höchstens ein Schutzbündnis mit Frankreich, ergänzt durch einen Vertrag mit England, ermöglichen. Außerdem bestünde in weiten Kreisen, namentlich in den skandinavischen, aber auch sonst bis einschließend der einflussreichen Führer der Rechten, wachsende Neigung zur Politik der Neutralität zurückzuführen, die sowohl von Frankreich wie auch von England garantiert würde. Die englische konservative Regierung würde vermutlich die Neutralitätsgarantie einem französisch-englischen Vertrag vorgehen, da die Neutralität Englands nicht verpflichtend wäre, an der Weizsäcker oder Donau eingreifen zu müssen. Damit wäre aber auch das Genfer Protokoll erledigt. Siegte dagegen die Sozialisten in Belgien, dann wäre zwar die neue Regierung gleichfalls für ein Abkommen mit Frankreich und England, aber mit Nachdruck würde sie auf der Politik Macdonalds und Herriots bestehen, nämlich der Politik der Schiedsgerichtsbarkeit, der Abrüstung und der Sicherheit, und zwar einer Schiedsgerichtsbarkeit für alle, auch bei Konflikten zwischen Starken und Schwachen, und einer allseitigen und nicht einseitigen Abrüstung. Schluß müßte dann gemacht werden mit einer aufzuehmernden, einseitigen Entwaffnung, die notwendigerweise, um wirksam zu werden, Gebietsbeschränkungen nach sich zieht und den Militarismus bei Siegern und Besiegten stärkt. Sicherheit müßte nicht nur für Belgien, Polen und Frankreich, sondern für alle Völker geschaffen werden.

Der Reichstagsabgeordnete Lange-Segermann ist aus der Zentrumsfraktion des Reichstages und aus der Zentrumspartei ausgetreten. Sein Mandat hat er bisher nicht niedergelegt.

Das neue Preußen-Kabinett.

Am Mittwochnachmittag 2 Uhr steigt im preussischen Landtag die Erklärung der neuen Regierung. Sie stützt sich im wesentlichen auf das Programm der großen Koalition. Die Verlesung dürfte 10 bis 15 Minuten in Anspruch nehmen. Der Landtag wird sich dann auf eine Stunde vertagen und anschließend sofort in die Besprechung der Regierungserklärung eintreten. Am Donnerstag und Freitag soll die Besprechung fortgesetzt werden. Es ist vorgesehen, daß bereits am Freitagnachmittag die Abstimmung über die von der Regierung gestellte Vertrauensfrage erfolgt.

Den Rechtsparteien ist die Ministerpräsidentenschaft des Herrn Marx natürlich sehr unangenehm. Heute schon stellt sich heraus, daß alle Drohungen der „Zeit“ gegenüber dem Zentrum nicht sehr ernst zu nehmen waren. Sowohl die Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei sind sich klar darüber, daß ein Sturz des Herrn Marx zu einer starken Verärgerung innerhalb der Zentrumspartei führen und wahrscheinlich auch im Reich nicht ohne Konsequenzen sein wird. Sie wollen deshalb Herrn Marx und den Zentrumsministern das Vertrauen aussprechen, während sie gegen die demokratischen Minister und gegen Seevering ein Mißtrauensvotum einreichen werden. Wir wiederholen auch heute, daß diese Taktik zu keinem Erfolg führen wird, denn für den Fall eines Mißtrauensvotums gegen Seevering wird sich Marx mit seinen Ministern solidarisch erklären. Aber selbst, wenn die deutschnationale-kommunistische Opposition es wagen sollte, ein allgemeines Mißtrauensvotum gegen das Gesamtministerium einzubringen, dürfte der Bürgerblock auch noch nicht in Erscheinung treten. Stürzt Marx, dann wird er innerhalb 48 Stunden als nungewählter Ministerpräsident wieder auf der politischen Bühne erscheinen, und kürzt man ihn dann nochmals, dann können die Herren der Volkspartei das gleiche Vergnügen noch einmal haben. Opponieren sie sechs Wochen lang, dann wird die jetzige Koalition in Preußen unter Herrn Marx ebenso lange versuchen, praktische Arbeit zu leisten und das Volk davon zu überzeugen, wer diese praktische Arbeit fortgesetzt verstanden.

Ministerpräsident Marx hat dem Präsidenten des Preussischen Landtages, Bartels, persönlich mitgeteilt, daß er die Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten annehme. Die Blätter veröffentlichen folgende Ministerliste: Ministerpräsident Marx (Ztr.), Innenminister Seevering (Radik.), Sozialminister Dr. Hüppe (Radik.), Handelsminister Dr. Schreiber (Dem.), Landwirtschaftsminister Dr. Steiger (Ztr.), Kultusminister Dr. Becker (Radik.), Justizminister Am Behnhoff (Ztr.), Wohlfahrtsminister Firtliker (Ztr.). Der bisherige Ministerpräsident Brauns wird sich Mittwoch vormittag von den Beamten des Staatsministeriums verabschieden und den neuen Ministerpräsidenten Marx vorstellen, der damit formell die Regierungsgeschäfte übernimmt. Morgen nachmittag wird Ministerpräsident Marx im Preussischen Landtag die Regierungserklärung abgeben.

Die russische Ostpolitik.

Zum Abschluß des russisch-japanischen Vertrages.

Von E. H. Dan.

In der Moskauer „Pravda“ war kürzlich eine Korrektur veröffentlicht, die sich über die in der Uniform eines Rotarmisten zeigte, der selbstzufrieden auf dem Kompaß weilt und schreit, daß der Zeiger sich nach dem Osten dreht!

Diese Feststellung trifft zu. Nachdem der Zeiger der Sowjetdiplomatie sich im Verlauf von drei bis vier Jahren nach allen Werten Westeuropas gedreht hatte, hat er jetzt eine scharfe Schwendung nach dem Osten gemacht. Die bolschewistische Presse bringt in riesengroßen Lettern die Angaben über den abgeschlossenen russisch-japanischen Vertrag und verheißt sie, ähnlich wie die japanische Presse, mit Überschriften wie „Die neue Ära“ oder gar „Völlige Revolution in der internationalen Beziehungen“. Was ist geschehen? Was ist der Sinn dieser „neuen Ära“?

Es geschah vor allen Dingen, daß die machiavellistische europäische Politik der bolschewistischen Regierung eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Ihre Hauptzusage liegt in der zwiespältigen und widersprüchlichen Haltung der Bolschewisten, die zwar sehr wohl wußten, was sie von Europa wollten (Anleihen und Kredite), aber niemals wußten, wie sie dieses Ziel erreichen sollten. Sie spekulierten deshalb gleichzeitig auf die Stabilisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft, wie auf ihre „revolutionäre“ Unterdrückung; auf die „sozialistische“ Ära und auf neue militärische Katastrophen; auf die Demokratie und auf den Kräftehaushalt der revolutionären Nationalitäten; auf den Druck des internationalen Proletariats und auf seine Desorganisation durch besetzte kommunistische Agenten. Sie spekulierten auf alles gleichzeitig und verloren beides alles.

Die militärische Intervention, mit der die Sowjetblätter von Zeit zu Zeit ihre Beize blaffen, gehört der Vergangenheit an und dürfte in absehbarer Zeit kaum von den imperialistischen Mächten gegenüber. Russland in Anwendung gebracht werden. Aber wenn die Erneuerung der militärischen Interventionspolitik mehr als zweifelhaft erscheint, so unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß die bolschewistische Regierung bei dem Weltkapital weder Kredite noch Anleihen erlangen wird, oder richtiger, daß sie sie nur unter solchen Bedingungen erlangen könnte, die für das russische Volk eine wirkliche Katastrophe bedeuten und die Sowjetregierung an der Rolle eines Sklavenaufsehers verurteilen würden. Eine Verhandlung der imperialistischen Staaten

zum Zwecke einer militärischen Intervention gegen Russland erscheint nicht glaubhaft. Dagegen erscheint eine Verständigung über eine ökonomische Intervention, über die Ausbeutung des durch die bolschewistische Diktatur geschwächten Russlands und die Einteilung der „Einflußsphären“ in diesem Lande durchaus im Bereich des Möglichen liegend. Das ist das wirkliche Fazit des Feldzuges, den die Bolschewisten zur Erreichung des „gelbten Nisches“ nach dem kapitalistischen Europa unternahmen.

Dieser eklantante Mißerfolg hat nun zur Folge gehabt, daß der Zeiger sich nach dem Osten dreht. Nachdem Europa nicht durch eine Frontallade erobert werden konnte, soll es nun auf dem Umwege über den Osten den Zielen der Bolschewisten gefügig gemacht werden. Denn die Lösung des einmal gestellten Zieles — die Erlangung von Krediten und Anleihen — wird um so bringender, je mehr sich die innere Krise verschärft, und je härter der Druck der Bauernschaft wird, deren elementare wirtschaftliche Bedürfnisse nicht ohne schnelle Wiedergeburt der Industrie befriedigt werden können, die um so dringender Kapital braucht, je ungünstiger ihre sonstigen Entwicklungsbedingungen im Milieu der Sowjetdiktatur sind.

Worin besteht aber denn der Sinn der jetzt proklamierten „neuen Ära“ in der äußeren Politik? Die Moskauer Sowjetregierung hat auch früher der Orientpolitik genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Doch die bisherige Orientpolitik hat nichts gemein mit jener „neuen Ära“, die durch den russisch-japanischen Vertrag eingeleitet und durch den russisch-japanischen Vertrag abgeschlossen worden ist.

In den letzten Jahren ist die bolschewistische Politik, die anfangs darauf spekulierte, die „Weltbourgeoisie“ durch die Revolutionierung der Orientvölker einzuschüchtern, allmählich zu übergeben, die nationalen Befreiungsbewegungen dieser Völker zum Druck auf die imperialistischen Regierungen strapaziert auszunutzen. Das war eine Entartung der revolutionären Politik. Was jedoch die Bolschewisten jetzt tun, bedeutet einen völligen Bruch mit dieser Politik.

In der Tat. Jetzt schließt die Sowjetregierung keinen Vertrag mit den revolutionären Volksmächten im Osten, sie verbündet sich nicht mit der nationalen Befreiungsbewegung der Orientvölker, jetzt schließt sie ein Bündnis mit der Reaktion, am besten fundierten imperialistischen Regierung

Steigende Unzufriedenheit mit dem Wohnungsamt.

Der Etat für 1925 abgelehnt. Die unzulänglichen Sanierungsarbeiten. Einheitliche Leitung der Wohnungsämter.

Die gestrige Stadtbürgerversammlung beschäftigte sich wieder mit der Etatsberatung, und zwar fast ausschließlich mit dem Haushaltsplan der Wohnungsämter und des Mietseinstellungsamts.

Stadtb. Scheller (D. N.) erstattete den Bericht. Es seien 19 Beamte abgebaut; die Endsumme des Etats jedoch gestiegen. Stadtb. Cierocki (Z.) hat, das Wohnungsamt und das Mietseinstellungsamt zusammenzulegen und einem Leiter zu übergeben. Das Wohnungsamt 1 sei vollständig überflüssig. Er kritisierte dann einzelne Fälle der Wohnungszuweisung und die Freigabe hochwertiger Wohnungen zu Geschäftszwecken bei Verhinderung minderwertiger Wohnräume. Stadtb. Steinhoff (D. N.) hält das Wohnungsamt für überflüssig, weil die Zuweisung von Wohnungen in großer Anzahl gar nicht erfolgen könne. Er suchte den Anwesenden eine Forderung der Wohnungszwangswirtschaft schmackhaft zu machen und propagierte die Aufhebung der gesetzlichen Festsetzung der Mieten. Er stellte den Antrag, Angehörige beim Wohnungsamt 2 zu freizeichnen und erklärte, daß seine Fraktion den Etat ablehnen werde.

Hierauf kritisierte auch Stadtb. Raftelau (D. S.) die Zuweisung ganzer Häuser zu Industriezwecken. Auch seine Partei werde den Haushaltsplan ablehnen. Stadtb. Winter (D. N.) betonte die Wichtigkeit der Instandsetzung verfallener Wohnungen. Auch er hat, das Mietseinstellungsamt und das Wohnungsamt in eine Hand zu geben.

Die Rechtsprechung des Mietseinstellungsamtes.

Stadtb. Gen. Sierke kritisierte scharf die Rechtsprechung des Mietseinstellungsamtes. Den Mietern werde nicht Gerechtigkeit zuteil. Wenn aber gegen Hausbesitzer Klagen wegen Benutzung von Doppelwohnungen eingebracht werden, erfolgt die Ansetzung des Termins erst nach acht bis neun Wochen. Einem Danziger Bürger wurde zugemutet, entweder seine Wohnung zu räumen oder 3000 Gulden zur Wohnungsanmietung zu zahlen. Beide Wohnungsämter und das Mietseinstellungsamt müßten eine einheitliche Leitung haben. Dann werde auch ein besseres Zusammenarbeiten des Wohnungsamtes 1 mit anderen Behörden erreicht. Im Interesse der 12 501 Wohnungssuchenden, worunter sich 9719 Familien ohne Wohnraum befinden, hat Redner, folgenden sozialdemokratischen Anträgen

zuzustimmen: a) Zwischen dem Wohnungsamt 1 und 2 und dem Mietseinstellungsamt hat ein engeres Zusammenarbeiten stattzufinden, mit dem Ziele, das Einigungsamt dem Wohnungsamt 2 anzugliedern. Der Senat wird ersucht, die erforderlichen Vorlagen zur Veränderung der bestehenden Gesetze beim Volkstag einzubringen. In der Uebergangszeit hat der Senat dahin zu wirken, daß die Genehmigung zur Kündigung von Wohnungen durch das Einigungsamt erst dann erteilt wird, wenn eine Wohnnung für den zu kündigenden zur Verfügung steht. b) Die Kosten des Einigungsamtes sind bei Minderbemittelten zu erlassen oder niederzuschlagen. c) Eine Sanierung zum Zwecke von Freimachung bis dahin zu Wohnzwecken benutzter Räume darf erst anerkannt werden, wenn die sanierten Räume durch Mitglieder des Wohnungsausschusses besichtigt sind und ein entsprechender Beschluß des Ausschusses vorliegt. Dabei ist zu beachten, daß die neuen Räume den freizumachenden mindestens gleichwertig sein müssen.

Stadtb. Grobelski (Polen) erklärte, daß die Anschuldigungen gegen das Wohnungsamt im Falle „Continental“ jeglicher Grundlage entbehren. Hier ist eine Sechszimmerwohnung freigegeben worden, die hergestellte Erichswohnung jedoch noch Anrecht der meisten Stadtbürger unzulänglich. Stadtb. Weber II (K.) forderte die Beklagnahme aller Wohnungen über fünf Zimmer und ihre Zuweisung an Wohnungslose.

Unzulänglich kein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Senator Dr. Leske war erregt darüber, daß man bei der Beratung des Etats von dem Vortrage zahlreicher Einzelfälle abgesehen und allgemeine Fragen in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt habe. Einzelfälle liegen sich in der Stadtbürgerversammlung nur schwer klären. An einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft sei vorläufig nicht zu denken. Von interessierten Kreisen werde zwar immer wieder die Forderung nach einem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erhoben und behauptet, daß in Deutschland damit der Anfang gemacht werde. Demgegenüber müsse festgehalten werden, daß in Deutschland die Wohnungszwangswirtschaft in dem gleichen Umfang besteht wie in Danzig. Von den interessierten Kreisen werde aber immer wieder eine Stimmungsmache gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Wohnungen betrieben, um die Bevölkerung für ihren Zweck zu beeinflussen. Starker Wohnungsbau sei der einzige Weg aus der Wohnungsnot. Auf die Rechtsprechung des Mietseinstellungsamtes habe der Senat seinen Einfluß (Zurück. Gesetze ändern!) Ein Antrag, eine Verfassungskommission für das Mietseinstellungsamt zu schaffen, liege dem Volkstag bereits vor. Ein Abbau der Beamten beim Wohnungsamt sei nicht möglich. Ein großer Teil bearbeite die Wohnungszuweisung, die nach Verabreichung des Wohnungszwangsgesetzes in verstärktem Maße betrieben werden soll. Von den sozialdemokratischen Anträgen war Dr. Leske nicht sehr erbaunt, die Stadtbürgerversammlung möge sie zur weiteren Beratung dem Wohnungsausschuss überweisen. Der Fall „Continental“ soll noch einmal geprüft werden.

Die Verwendung der Wohnsummensteuer.

Stadtb. Winter (D. S.) wünschte Auskunft über die Zahlung der Wohnsummensteuer. Es verlange, daß die großen Betriebe wieder diese Steuer zahlen, nach ihrer Verpflichtung, Wohnungen zu bauen, nachstehend.

Stadtb. Gen. Runge wandte sich gegen die Ueberweisung der sozialdemokratischen Anträge an den Ausschuss. Sie müßten gleichzeitig mit dem Etat verabschiedet werden. Scharf kritisierte Redner die Freigabe von Wohnungen zu geschäftlichen Zwecken, dadurch seien zeitweise bis zu 50 Familien auf die Straße gesetzt worden.

Senator Dr. Leske sah sich nunmehr veranlaßt, seine Gegnerschaft zu den sozialdemokratischen Anträgen näher darzulegen. Er erklärte, daß diese einen Eingriff in die Verwaltungstätigkeit des Senats bedeuten. Sache der Behörde sei es, zu entscheiden, ob eine Erichswohnung genüge. Auf die Wohnsummensteuer eingehend erklärte er, daß Großbetriebe bereitwillig seien, für die von ihnen zu bewohnende Wohnsummensteuer zu zahlen. Das sei auch geschehen. Klagen über bestimmte Betriebe seien bisher nicht laut geworden. Die Steuerverwaltung werde aber wieder eine Kontrolle vornehmen.

Stadtb. Gen. Sierke beklagte noch einmal den Fall „Continental“. Gerade die Polen hätten bewiesen, daß sie für die Not der Wohnungslosen kein Verständnis haben. Vorgänge in Reichenhagen zeigten das zur Genüge. Eine Steuergeldbesitzung des Stadtb. Scheller (D. N.) ist der Bau von

Baracken. Sie sollen zwar nur zur Unterbringung von Familien dienen, deren Wohnung renoviert wird. Zu befürchten ist jedoch, daß die Baracken bald zu Dauerwohnungen werden. Alljährlich tritt Scheller für den Barackenbau ein, er tat es auch gestern wieder.

Die Aussprache war damit geschlossen. In längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde alsdann gestritten, ob die sozialdemokratischen Anträge als Entschließung oder als Anträge zu behandeln seien.

Stadtb. Gen. Runge erklärte sich damit einverstanden, die Punkte a) und b) der sozialdemokratischen Forderungen als Entschließung gelten zu lassen. Die dritte Forderung bezüglich der sanierten Wohnungen müsse aber unbedingt als Antrag bewertet werden. Die Mehrheit des Hauses entschied schließlich, daß die sozialdemokratischen Forderungen als Entschließung zu behandeln seien.

Keine Mehrheit für den Etat.

Es kam nun zur Abstimmung. Der Antrag der Deutsch-Danziger Partei auf Abbau der Angestellten beim Wohnungsamt wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Haushaltsplan des Wohnungsamtes selbst fand ebenfalls keine Mehrheit, er wurde mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Gegen den Etat stimmten die Linke, die Deutsch-sozialen, Polen und Deutsch-Danziger. In der Minderheit blieben Deutschnationalen, Deutschliberale und Zentrum. Das Abstimmungsergebnis erregte im ganzen Hause Sensation und auf den Senatstribünen Bestürzung. Durch die Ablehnung des Etats wurden sämtliche übrigen Anträge gegenstandslos.

Arbeitsamt und Erwerbslose.

Bei der Etatsberatung über das Arbeitsamt trug der Berichterstatter Gen. Berner Klagen über die Zentralaufsicht bei der Arbeitsnachweiskstelle für männliche Erwerbslose vor. Die Behandlung der Arbeitsuchenden durch die Beamten sei nicht nur unhöflich, sondern in vielen Fällen sogar verächtlich- und rücksichtslos. Er wendete sich dann gegen die öffentliche Beschäftigung von Beamtenmuskeln, die der Zivilmuskeln die Arbeit fortnehmen. Um dem entgegen-

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Mittwoch, den 18. Februar 1925, abends 7 Uhr, in der Maurerherberge (Schiffelbamm):

Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:

1. Das Wohnungsbaugesetz. Ref.: Gen. Footen.
2. Gewerkschaft und Partei.

Zutritt zu dieser Versammlung haben alle Parteifunktionäre sowie alle gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, soweit sie Mitglieder der Partei sind. Funktionärkarte sowie Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Der Vorstand.

zutreten, bringt er für die sozialdemokratische Fraktion folgende Entschließung ein:

„Den bei der Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig tätigen Beamten und Angestellten wird verboten, nebenamtlich als Musiker tätig zu sein. In besonderen Fällen sind Ausnahmen zulässig, doch ist hierfür von Fall zu Fall die Genehmigung durch den zuständigen Senator bzw. Referenten der Personalabteilung zu erteilen.“

Stadtb. Steinhoff (D. N.) gab hierauf die Erklärung ab, daß seine Fraktion dem Etat gegenüber keine wohlwollende Neutralität mehr zu wahren, sogar in einzelnen Fragen in schärfste Opposition zu treten.

Auch Stadtb. Weber II (K.) bezeichnete die Behandlung der Erwerbslosen durch die Beamte des Wohnungsamtes als unwürdig.

Senator Runge versprach nachzuprüfen, ob die Klagen über die Beamten des Arbeitsamtes berechtigt seien, und wenn sich Mißstände herausstellen, diese sofort zu beseitigen. In der Frage der Beschäftigung von Beamtenmuskeln erklärte er, daß eine Vorschrift des Senats bestünde, wonach Beamte als Musiker nur dann tätig sein dürften, wenn die Zivilmuskeln an Zahl der Leistung nicht genügen.

Hierauf trat man in die Abstimmung über den Etat für das Arbeitsamt ein. Der Etat wurde gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenthaltung der Deutsch-Danziger Volkspartei angenommen. Die Entschließung des Genossen Runge wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Auf Antrag des Stadtb. Ewert (Z.) vertagte sich die Stadtbürgerversammlung gegen die Stimmen der Linken.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

Vernachlässigung des Arbeiterbildungsanschlusses.

Am kommenden Freitag 7 Uhr findet in der Aula am Winterplatz der interessante Lichtbildvortrag des Genossen Soops: „Die Karikatur des 20. Jahrhunderts“ statt. Es ist dem Arbeiterbildungsanschlusses fernere Geltung, den bekannten Dozenten der Arbeiter-Akademie, Engelbert Graf, Stuttgart, für einen Vortrag zu gewinnen. Er spricht über: „Karl Marx als politisches und weltpolitisches Problem“, am Montag, den 23. Februar, in der Aula der Reichshochschule, Poggendorf. Engelbert Graf, anherberkommene Gastredner und packende Vortragsweltweiser gewähreleiten einen guten Erfolg. — Außerdem findet am Freitag, den 27. Februar, in der Aula am Winterplatz ein Unterhaltungsabend, unter Mitwirkung der „Freien Sängers“ und bekannter Kräfte vom Stadttheater statt. Nähere Anfordigungen erfolgen später.

Spargelbau in Langfuhr. In Langfuhr ist der Bau einer neuen Spargelgeplante; sie soll etwa 500 Perionen fassen. In diesem Besende ist das Grundstück Hauptstraße 102, neben der Post, angekauft worden. Der Bau, der bestigig in Angriff genommen werden soll, wird in ganz köstlicher Form ausgeführt werden, um einem Betheuerer zu entsprechen. Da die beiden Danziger Spargelbau an hohen Preisen immer überflüssig sind, wird die neue Spargelgeplante zur Entlastung der beiden anderen beitragen.

Friedensschluß im Radaunestreit.

Wir berichteten bereits über die Verhandlungen, die zwischen der Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig und der Firma Schichau angebahnt waren, um die noch bestehenden Differenzen in dem bekannten Radaunestreitverfahren durch freiwillige Vereinbarungen auszugleichen. Nachdem Danzig in dem Rechtsstreit um die Ausnutzung der Radaunewasserkräfte ein obliegendes Urteil erzielt hatte, war die Festsetzung der Entschädigung für die von der Firma Schichau zu übernehmenden Anlagen und Wasserkraftrechte einem Schiedsgericht übertragen. Durch freiwillige Vereinbarungen wollte man weiteren Schwierigkeiten aus dem Wege gehen. Für die Anlagen, in der Hauptsache die 6 Betriebe an der Radaun, sowie die große Freileitung, forderte die Firma Schichau mit Einschluß der Wasserrechte 3 1/2 Millionen Mark. Doch ging sie schließlich auf 2,8 Millionen herunter. Die städtischen Körperschaften haben nunmehr dem Abschluß des Vergleiches, wenn auch schweren Herzens, entgültig zugestimmt. Damit ist nun für die Fertigstellung des großen städtischen Radaunewerkes freie Bahn geschaffen.

Erarbeiten größeren Umfanges werden zurzeit an verschiedenen Stellen in der Nähe Danzigs in Angriff genommen, um Erwerbslosen Beschäftigung zu geben. Bekanntlich hat die Stadtbürgerschaft sich damit einverstanden erklärt, daß diese für 1925 im Haushaltsplan vorgesehenen Arbeiten sofort ausgeführt werden. Am Dittauer Tor ist man damit beschäftigt, das ehemalige Wallgelände abzutragen. Dabei soll auch der Wallabschluß zum St.-Leichnam-Hospital eine Verbesserung erfahren. Am Neugarter Tor wird ein Straßenanfluß Sandgrube-Solzenberg hergestellt, der schon vor Jahren geplant, wegen Mangel an Mitteln jedoch zurückgestellt wurde. Es handelt sich hier um recht erhebliche Aufschüttungen. Bei dieser Gelegenheit erfährt auch das ehemalige linksseitige Glacis am Neugarter Tor eine Umgestaltung. Niedrige Kastanienbäume fallen dabei der Art zum Opfer, weil ihre Beseitigung im Interesse der Straßenführung geboten ist. In Königsthal finden weitere Notstandsarbeiten statt, wo der Heiligenbrunner Bach reguliert werden soll.

Eine unzeitwillige Fahrtunterbrechung erlitt heute morgen die Zugfähre am Krantor. Durch eine in der Mitte der Fahrtrinne sofort vorzunehmende Reparatur des Führungseisels wurden die Fahrgäste bis zur Beseitigung des Schadens zu einem recht lustigen Aufenthalt auf dem Wasser genötigt.

Ein roher Patron. Der Gemüthändler Gustav Richter in Dhta schlug einen fremden neunjährigen Knaben ohne Anlaß mit einem Stock über den Rücken, so daß er erheblich verletzt wurde. Richter ist wegen Mißhandlung mehrfach vorbestraft und stand nun vor dem Schöffengericht. Er wurde gegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Unfall in der Aktien-Bierbrauerei. Der in der Danziger Aktien-Bierbrauerei beschäftigte 28 Jahre alte Arbeiter Theodor v. Jelewski aus Joppot, Steinstraße 12, war beim Transport von Bierfassern beschäftigt. Als er von einem Laufbrett zum anderen hinüberspringen wollte, kam er ans 2 Meter Höhe zu Fall und erlitt einen Knöchelbruch.

Straßenbahnunfall in Langfuhr. Als der 47 Jahre alte Weißer Johann Bülowitz aus Gr.-Gischau in Langfuhr am Markt die Straße überschreiten wollte, wurde er von der der Richtung Danzig kommenden Straßenbahn erfasst und zu Boden geworfen, so daß er sich einen Schädelbruch zuzog. Er wurde ins Städtische Krankenhaus überführt.

Märchenabend in Ohra

Mittwoch, den 18. Februar, abends 6 Uhr, Sporthalle

Eintrittsgeld 20 Pfennig. Erwerbslose Parteigenossen und deren Kinder haben freien Eintritt.

Danziger Standesamt vom 18. Februar.

Todesfälle: Sohn des Reservelofomotivführers Paul Lehmann, 3 M. — Kaufmann Otto Gendebred, 52 J. 3 M. — Witwe Karoline Wrobbel geb. Ursallek, 88 J. 3 M. — Ehefrau Dittke Füllbrandt geb. Müller, 54 J. 6 M. — Witwe Marthe Kaminski geb. Duwensee, 53 J. 9 M. — Kaufmann Walter Soennert, 43 J. 1 M. — Kaufmann Julius Sommerfeld, 67 J. 6 M. — Witwe Maria Gohn geb. Dreilina, 65 J. 7 M. — Unschick: 1 Tochter.

Polizeibericht vom 18. Februar 1925. Festgenommen wurden 19 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Urkundenfälschung, 4 wegen Körperverletzung, 5 wegen Trunkenheit, 6 in Polizeihaft und 4 Personen obdachlos.

Ämtliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 17. 2. 25

- 1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden
 - 1 Loty 1,01 Danziger Gulden
 - 1 Dollar 5,26 Danziger Gulden
 - Scheck London 25,20 Danziger Gulden
- Berlin, 17. 2. 25

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.

Danziger Probantenliste vom 17. Februar. (Richtamtlich) Weizen 128-130 Pfd 12,00-12,30 G., 118-123 Pfd. 16,10-18,55 G., Roggen 116-118 Pfd. 17,40-17,80 G., Gerste feine 14,80-15,60, geringe 14,00-14,65 G., Hafer 14,30 bis 15,00 G., kleine Erbsen 12,00-13,00 G., Viktoriaerbsen 15,00 bis 18,00 G., Großhandelspreise per 50 Kilogramm wagnonfrei Danzig.)

Ludwig Normann & Co.

Baumaterialien-Handlung

DANZIG Langgarter Wall 4a Tel. 419

liefern preiswert in jeder Menge:

- | | |
|-----------------|-------------------|
| Dachpappen | Kienteer |
| Steinkohlenteer | Karbolinum |
| Klebemasse | Holl. Dachplatten |
| Teerbürsten | Biberschwänze |
| Pappnägel | Dachschiefer |

Die Ursachen des neuen Franksturzes.

Der erneute Franksturz erregt auch in London, wie S.L. meldet, lebhaftes Interesse. Das Pariser Gerede, das ihn auf nachschaffenden ausländischer Spekulation zurückzuführen will, wird nirgends ernst genommen, und wie niemand bezweifelt, daß seine eigentliche Ursache das erschütterte Vertrauen des französischen Publikums ist, welches die prekäre finanzielle Lage erzeugt hat, so weiß man auch, daß neun Zehntel der Frankstürze in London und in Newyork erfolgten.

„Weltlicher Gazette“ weist die französische Behauptung zurück, daß die Erschütterung des französischen Kredites das direkte Ergebnis von Churchill's letzter Rede sei. Die Erhaltung des französischen Kredites sei heute ganz offenbar ein englisches Interesse und Herricot könnte auf Englands Sympathie und Unterstützung rechnen, solange Frankreich ernsthaft beabsichtigt, Vorkehrungen für die Bezahlung seiner Schulden zu treffen. Nichts würde den französischen Kredit mehr schätzen als ein bestimmter Anfang in dieser Hinsicht, und wenn er auch noch so klein wäre.

Gegenüber der Behauptung, Frankreich könne nur zahlen, wenn Deutschland zahle, erregt eine Errechnung des deutsch-französischen Nationalvermögens und durchschnittlichen Jahreseinkommens viel Aufmerksamkeit, welche man der eminent sachverständigen Bankers Ernst Commann in Neuyork verdankt. Sie schätzt das heutige französische Nationalvermögen auf 57 900 Millionen Dollar und das deutsche auf 55 000 Millionen Dollar, was für Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 901 64 Dollar und für Frankreich 1484,61 Dollar pro Kopf ergibt. Für Deutschland beträgt das Jahreseinkommen pro Kopf 114,75 und für Frankreich 179,49 Dollar.

Allelei aus Polen. Ein Ausfuhrverbot für Kalkaphtha ist vom polnischen Ministerrat beschlossen worden. Der polnische Holzexport im Jahre 1922 betrug 900 000 Tn. weniger als im Jahre 1921. Eine kommerzielle Ausstellung für Landwirtschaft und Industrie findet vom 26. Juni bis 6. Juli in Cracow statt. Politische Regierungsbefehle in Bezug auf die Metallindustrie sind vorgenommen: 1. von der Staatsdirektion der Monopolindustrie für 7 500 000 Ploz Röhren und Armaturen, 2. vom Kriegsministerium für 27 000 000 Ploz Metallwaren, 3. vom Eisenbahnministerium für 103 000 000 Ploz Eisenbahnwagen, Schienen usw.

Die Ausdehnung von Sinte-Hofmann. Die Sinte-Hofmann-Sandhammer-A.-G., Breslau, läßt aus ihrem Geschäftsbericht erkennen, daß die ausgedehnten Fabrikanlagen, die durch Angliederungen in der Inflationszeit eine ungemöhnliche Ausdehnung erfahren haben, infolge der Einstellung der Reichsbahnaufräge und der allgemeinen Depression im vergangenen Jahre nicht voll beschäftigt werden konnten. Insgesamt hat sich die Zahl der Beschäftigten im Berichtsjahre von 29 000 auf knapp 18 000 vermindert. Die Gesellschaft hat einen großen Auftrag in Pullman-Wagen für Chile ausgeführt und beteiligte sich hervorragend an der Entwicklung der Benzol-Triebwagen, der Herstellung von Teilen elektrischer Lokomotiven, von Dieselmotoren, Nationalen Kesseln und Papiermaschinen. Zur Förderung des Absatzes ihrer Eisenkonstruktionswerkstätten hat sie zusammen mit der Rheinischen Metallwaren- und Maschinen-

fabrik eine Aktiengesellschaft gegründet, die sich mit dem Bau von Kranen und Transportanlagen befaßt. Erfreulicherweise teilt die Gesellschaft ihren Gesamtumsatz mit: 882 071 Tn. im Werte von ca. 97 Mill. Gm., davon ins Ausland 59 700 Tn. im Werte von 22,6 Mill. Gm. Die Umsätze der befreundeten Gesellschaften sind in dieser Zahl nicht enthalten. Der Geschäftsbericht weist darauf hin, daß für in- und ausländische Steuererträge weitgehende Kredite gewährt werden mußten.

Der Ausweis der Bank von Danzig

weist im Abschluß vom 14. Februar 1925 folgende Beträge in Danziger Gulden auf:

Aktiva: Metallbestand (Bestand an kurzfristigem Danziger Metallgeld und an Gold in Barren oder Goldmünzen) 2 800 918 G, darunter Goldmünzen 4614 G und Danziger Metallgeld 2 796 304 G, Bestand an täglich fälligen Forderungen gegen die Bank von England einschließlich Noten 12 133 975 G, Bestand an Wechseln 15 428 690 G, Bestand an Lombardforderungen 488 463 G, Bestand an Valuten 10 586 110 G, Bestand an sonstigen täglich fälligen Forderungen 509 324 G, Bestand an sonstigen Forderungen mit Kündigungsfrist 752 793 G. Passiva: Grundkapital 7 500 000 G, Betrag der umlaufenden Noten 27 047 975 G, sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten (Girokonten) a) Guthaben Danziger Behörden und Sparkassen 1 592 771 G, b) Guthaben ausländischer Behörden und Notenbanken 1 787 989 G, c) private Guthaben 8 855 715 G, Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist 752 793 G, sonstige Passiva 501 854 G.

Dieser Ausweis zeigt eine weitere Abnahme der Kapitalanlage in Form von Wechseln und Lombardforderungen um 1 382 983 G. Im Zusammenhang damit und nach der Umwidmung des Umlaufvermögens hat sich der Umlauf von Noten und Bargeld um 2 874 587 G vermindert, während die Girokonten um 1 961 989 G zunahm. Die geschlossene Rendite des Notenumlaufs beträgt 45,0 Prozent, die gesamte Dividendenbedingung des Notenumlaufs 84,2 Prozent.

Die Wirtschaftsverhältnisse der Oststaaten. Unter dem Titel „Rynki Wschodniej Europy“ (Märkte Osteuropas) läßt das Österreichische Wirtschaftsinstitut für die Oststaaten, Zweigniederlassung Danzig, eine Monatszeitschrift erscheinen, deren erste Nummer bereits vorliegt. Aus dem Selbstwort erhellt, daß sich die Zeitschrift zur Aufgabe gemacht hat, zur wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Polen beizutragen, überdies aber auch über die Märkte, nicht nur osteuropäischer, sondern auch mitteleuropäischer und derjenigen der Balkanländer den Leser eingehend zu informieren. Die Redaktion läßt sich hierbei auf das dem Wirtschaftsinstitut zur Verfügung stehende Informationsmaterial, in dem es in allen wichtigsten Handelszentren der genannten Länder eigene sachkundige Vertrauensmänner besitzt. Das erste Heft bringt eine Fülle von dem in Frage kommenden Material. Die Zeitschrift ist das einzige Wirtschaftsbblatt, das seitens eines deutschen Unternehmens in polnischer Sprache herausgegeben wird, und es dürfte im gegenwärtigen Augenblick vor dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages um so aktueller sein.

Eine Gesellschaft für die polnische Schifffahrt wird in Polen von dem polnischen Verband zum Schutze der Weismarken (Westmarkenverein) gegründet. Das Protektorat übernehmen die Besonderen von Posen, Pommern und Galizien. Angekündigt sollen gleich vier Schiffe von über 1000 Tonnen von der Gesellschaft gebaut werden und zwischen Gdingen und England in Verkehr gesetzt werden.

Die Kiefenaussperrung in Schweden.

Wegen Streiks und Lohnstreitigkeiten in den meisten Zweigen der schwedischen Industrie hat die Arbeitgebervereinigung beschlossen, die Aussperrung der Arbeiter für den 26. Februar oder 1. März anzukündigen. Die Aussperrung würde 130 000 Arbeiter betreffen. Die Verhandlungen zwischen dem Schiffsbrederbund und den Seeleuten sind ebenfalls ergebnislos verlaufen, so daß auch in der Schifffahrt ein Konflikt droht.

Die memelländische Buchdruckerorganisation. Am Sonntag, den 8. Februar 1925, fand im Sächthaus die 2. Generalversammlung des Verbandes der Buchdrucker und verwandte Gewerbe im Memelgebiet statt. Das alte Jahr brachte ferner den Abschluß des Tarifvertrages und des Gegenleistungsvertrages mit dem deutschen Bruderverband. Aus dem Kassenbericht des Verbandes kam hervor, daß am Schluß des Berichtsjahres die Verbandskasse über ein Vermögen von 10 942,40 Lit verfügt. An Ausgaben waren zu verzeichnen 412 Krankheitsstage, die 1089,40 Lit Unterstützung kosteten. Für Arbeitslosen- und Umzugsunterstützungszwecke waren keine großen Mittel erforderlich, für Invalidenunterstützung wurde überhaupt nichts in Anspruch genommen. Der Mitgliederbestand wies am Jahreschluß einen leichten Rückgang auf. Bei der Vorstandswahl wurde festgelegt, daß der jeweilige Memeler Ortsvorstand gleichzeitig Verbandsmitglied ist. Von Interesse und Bedeutung für den Gemeindefortschritt der Buchdrucker ist es, daß auf Beschluß der Generalversammlung den Familien der vier verunglückten Kartellbeder Krieger insgesamt 100 Lit überwiesen werden.

Zwölftundentag im rheinischen Braunkohlenrevier. Bei den letzten Verhandlungen über ein neues Arbeitszeitabkommen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenrevier wurde die Forderung der Bergarbeiter, vom 1. März ab wieder die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, abgelehnt. Die Arbeitgeber erklärten, aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen vorläufig an der zwölfstündigen Schicht festhalten zu müssen. Ein Schlichter unter dem Vorsitz des amtlichen Schlichters wird sich in den nächsten Tagen mit der Arbeitszeitfrage befassen.

Durchsetzung beim Verlassen der Arbeitsstätte. In letzter Zeit ist die Frage nach der Zulässigkeit einer weder tariflich noch durch Arbeitsordnung oder Einzelarbeitsvertrag festgelegten Kontrolle vielfach behandelt worden. In einem Aufsatze von Dr. Richter (Gewerbe- und Kaufmannsgericht 24 S. 260) wird die Zulässigkeit mit Recht verneint, da sie keine gesetzliche Grundlage hat. Der Schlichtungsausschuß Berlin hat sie zu Unrecht bejaht.

Die Kesselfeuer von Cherbourg haben — wie aus Paris gemeldet wird — die Arbeit niedergelassen. Sie verlangen eine monatliche Zulage von 100 Franken.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei. Nach Mitteilung des Statistischen Staatsamtes betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakischen Republik Ende November 69 905 Personen (Ende Oktober 71 938). Vom Staate wurden direkt unterstützt 9580 und durch die Unternehmungen 9252 Personen.

Donnerstag + Freitag + Sonnabend

bringen wir die infolge des überaus lebhaften Verkaufs der Weißen Woche in großen Mengen zurückgebliebenen

Reste

Abschnitte und Restbestände von:

Hemdentuchen, Linons, Renforcé, Pikee-Barchent, Nessel, Handtuchstoffen usw. zu ganz besonders billigen Preisen zum Verkauf!

1 Posten mehrere hundert Stücke Handarbeiten zum Anmachen auf Tüchern angelegt sehr billig.

Sternfeld

DANZIG

FILIALE LANGFUHR

Die Befreiung der Dortmunder Opfer.

Allgemeine Trauer. — Starke Beteiligung.

Unter ungeheurer Anteilnahme wurden gekehrt die Opfer der Schlagweiterekatastrophe in Dortmund beklagt. Das Leidbegängnis gestaltete sich zu einer erschütternden Trauerkundgebung von beispielloser Größe und Wucht. Eine unabsehbare Menschenmenge aus allen Schichten der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die man auf 150 000 schätzt, gab den toten Knappen das letzte Geleit. Aus allen Teilen des Reiches hatten die Arbeiterorganisationen und Bergwerksverbände Deputationen entsandt. Die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden waren anwesend. Der Reichspräsident und die Reichsregierung waren durch Staatssekretär Dr. Geiß vertreten, der gegenwärtig an Stelle des erkrankten Ministers Dr. Brauns das Reichsarbeitsministerium leitet. Reichspräsident Ebert, der auf die erste Nachricht von dem Unglück hin telegraphisch seine herzliche Anteilnahme ausgesprochen und gleichzeitig 50 000 Mark zur Vinderung der ersten Not gesendet hatte, und die Reichsregierung hatten Kränze geschickt. Die preussische Regierung war durch die Minister Giering und Gierke vertreten. Sämtliche Städte der Stadt waren geschlossen. Auch die großen Werke hatten zum größten Teil für gekehrt ihren Betrieb eingestellt. Sämtliche öffentlichen und zahlreiche private Gebäude hatten die schwarzweißgoldene Trauer halbmatt geflaggt.

Überall wehten Fahnen auf Halbmast, hier und da mit wehendem Trauerflor. Auf dem Förderturm in Eving hing in trauriger Schwere die schwarze Zeichenfahne. In der neuen Bahnhofsallee standen in vier langen Reihen 95 Säрге, überschattet mit Blumen und Kränzen. Väter lagen hier neben ihren Söhnen, Freunde neben Freunden, Kameraden neben Kameraden. An den Särgen hingen ihre Grabenslampen. Hier Särgen lauten auf den Namen Beder, drei dieser Toten waren verheiratet. Außerdem ist der einzige unverheiratete Bruder dem Unglück zum Opfer gefallen. Einer der Rettungsleute, die die Totenwache hielten, erzählte, daß zwei Söhne dieser Familie im Kriege gefallen sind und daß der alte Vater seinen Jungen nun vorgeföhrt nachgeföhrt sei, als ein Herzschlag ihn von seinem Leib erlöste.

In drei verschiedenen Stellen der Stadt sammelte sich der ungeheure Trauerzug. Stundenlang dauerte der Zug, und der Zentralfriedhof konnte die Reihensmästen nicht fassen, so daß umfassende Abwehrmaßnahmen getroffen werden mußten. Die Kommunitäten hatten es sich leider nicht verjagen können, die Trauerfeierlichkeit parteipolitisch auszubilden.

In der gewaltigen Trauergemeinde waren auch Überwachen aus Italien, Ungarn, Desterreich, der Türkei, Hawaii und Frankreich.

Das durch die Vertretung von Courrières Anteilnahme zeigte. Man zählte über 300 Fahnen der Vereine und Verbände. Unter dem feierlichen Geläut der Glocken sprach zunächst Bischof Dr. Schneider-Paderborn für die evangelische Kirche sprach Generalinspektor Dr. Voelker - Münster. Staatssekretär Dr. Geiß sprach folgende Worte: „Für die ihr jetzt im Tode ruht, habe ich im Bewußtsein des Schicksals, das euch täglich ereilen konnte, in eurer erdlichen Arbeit, ihr steht in treuer Pflichterfüllung im Dienste eures Volkes, eures Landes. Mit den Kränzen, die ich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung überbringe, eich das ganze deutsche Volk in herzlichem Anteil und dankbarem Gedenken eurer Taten, eurer Arbeit.“

Als Vertreter der preussischen Staatsregierung besaue Handelsminister Gen. Biering; es werde die Aufgabe der preussischen Staatsregierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß den den unglücklichen Hinterbliebenen Not und Sorge ferngehalten werden. Der Bergbau habe die Aufgabe, mit dafür zu sorgen, daß solche Katastrophen künftig gemindert werden.

Als Vertreter der Bergarbeiterverbände sprach Reichslandesarbeiter Gen. Hagemann. Er wies darauf hin, daß die 196 toten Knappen eine Nummer, aber keine

Katzen bildeten. Was die organisierten Bergarbeiter aller Verbände tun könnten, das werde geschehen, um Aufklärung zu bringen, und um für die Zukunft Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, damit nicht so bald wieder eine solche traurige Nachricht durch die Lande eilt. Die Toten lagen aber nicht nur an, sondern sie mahnen die Regierung, den Reichstag und den Landtag, die Befürden und die Unternehmer an ihre Pflicht, damit mehr als bisher auf die Wünsche und berechtigten Ansprüche der Bergarbeiter Rücksicht genommen wird. Sie mahnen, daß die Rechte der Bergarbeiter mehr gewahrt werden, weil dadurch nach Aufklärung aller Verhältnisse am ehesten solche Unglücksfälle verhindert werden können.

Unter den Klängen eines Trauerchorals fand die erareifende Trauerfeierlichkeit ihren Abschluß und unter den Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ wurden die Särge ins Grab geföhrt.

Aufkunft der „Dudau“ in England.

Einem Telegramm aus London zufolge ist das Fleischer-Kotorschiff „Dudau“ im Firth of Forth eingelaufen. Bevor es einfiel, krenzte das Schiff auf der See bei billigen Verbindungen unter kombinierter Anwendung von Maschine und Rotoren.

Ueber die Fahrt wech der Sonderberichterstatler des „N.“ noch folgende Einzelheiten zu melden: Planmäßig nimmt die „Dudau“ ihren Weg über die Nordsee. Solange wir nur unter Hilfsmitteln der Dieselmotoren fahren, liegt das Schiff nur sieben Knoten zurück. Sobald es aber möglich war, die Rotorkraft zu benutzen, krieg die Geschwindigkeit auf neun Knoten. Es herrscht ein ständiger Südwestwind in einer Stärke von 18 Meilen. Infolgedessen betrug die Geschwindigkeit während des ganzen Tages 4 1/2 Knoten, eine nach Aufgabe aller an Bord befindlichen recht respektable Leistung. Unter den gleichen Bedingungen konnte das zur Begleitung fahrende Schwärzschiff „Auen“, mit Segel-totelage, nicht so schnell vorwärts kommen.

Wie groß das Interesse in England an der Fleischer-Erfindung ist, zeigt eine Anfrage im Unterhaus, ob Erleichterungen gewährt werden würden, um das Kotorschiff in England zu fördern, und ob englische Experimente in dieser Hinsicht gemacht würden. Der parlamentarische Sekretär des Handelsamtes erklärte auf die Anfrage, die Needer und Schiffbauer prüften viele Erfindungen und er bleibe in Rücksicht mit dem Ergebnis der Untersuchung. So viel er wisse, seien auf diesem Gebiete noch keine besonderen Experimente gemacht worden.

Die Entwicklung der deutschen Handelsflotte.

Mehr als fünf Jahre der Wiederaufbauarbeit unserer Handelsflotte sind verstrichen und das unter schweren Opfern erreichte wird demnach, wenn man sich folgende Zahlenreihen vor Augen hält: 1914 wies die deutsche Handelsflotte, als zweitgrößte der Welt, einen Bestand von 5,5 Millionen Br.-Registertonnen auf; nach der Ablieferung im Jahre 1919 waren knapp 600 000 Tonnas kleiner Schiffe übrig geblieben; zu Beginn des Jahres 1925 fährt wieder ein Schiffspart von 2 1/2 Mill. Brutto-Registertonnen die deutsche Flagge. Deutschland steht heute unter den Schiffbauländern an fünfter Stelle. Mehr als die Hälfte der deutschen Vorkriegsflotte ist damit wiederhergestellt. Aber bei alledem ist die deutsche Seeflotte in der Welt heute noch im Vergleich zur Größe des deutschen Volkes gering; beträgt doch der Anteil der deutschen Flotte an der Weltflotte nur etwa 10 Prozent gegen 12 Prozent vor dem Kriege. Gätte der Seefahrt keinen nicht die frühere deutsche Handelsflotte vertrieben und eine normale Weltverkehrsleitung der Vorkriegsjahre unterhalten, so würde jetzt ein Schiffspart von etwa 7 1/2 bis 8 Mill. Brutto-Registertonnen unter deutscher Flagge fahren. Der weitere Ausbau der deutschen Handelsflotte wird in erster Linie von der Konjunkturlage für die Schiffahrt abhängen.

Kleine Nachrichten

Die Wirkung der neuen Kriegsliste. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington erklärte General Fries, der Direktor der chemischen Abteilung des Kriegsministeriums, vor dem Ausschuss für den Kriegsausschuss des Abgeordnetenhauses, daß die Wirkungskraft der neuen Liste seit dem Kriege um das Fünffache zugenommen habe. Unter dem Widerspruch der Flugzeugfabrikanten fügte er hinzu, daß die neuen Liste Flugzeuge als Vertreibungsmitel unwirksam machen würden.

Gerettete Schiffbrüchige. Der Postdampfer „Gulfos“ traf in Aberdeen ein mit 37 Mann der Besatzung des deutschen Fischdampfers „William Jürgen“ und zweier englischer Dampfer, die im Sturm an der Küste Islands gescheitert sind. Die deutsche Mannschaft trieb nach dem Schiffbruch zehn Stunden im offenen Boot umher, bevor sie gerettet werden konnte.

Diphtherie-Epidemie in Alaska. In Alaska hat, diesmal nicht zu sportlichen Zwecken, der größte bisher dagewesene Hundeschlittenlauf stattgefunden. In Nome herrscht nämlich eine schwere Diphtherie-Epidemie. Da die Stadt von allen Verbindungen abgeschnitten ist, mußte das bringend notwendige Heilserum 650 Meilen weit über Schnee und Eis auf Hundeschlitten herangebracht werden. Diese Strecke wurde mit zahlreichen Stappen in 127 Stunden zurückgelegt. Das Heilserum war gefroren, als es in Nome eintraf, und die Ärzte sind nicht sicher, ob es noch wirksam sein wird.

Neue Schwimmlinse. Der schwedische Reiseschwimmer Arne Borg karrte auf seiner Tournee durch Amerika erstmalig in St. Augustin auf der Halbinsel Florida, dem amerikanischen Riviera. Arne Borg verbesserte den im Jahre 1923 von Johann Weismüller mit 5:50,4 aufgestellten Weltrekord über 500 Yards um 1,4 Sekunden auf 5:49. Am folgenden Tage konnte er dann seinen eigenen Rekord über 1000 Yards von 12:47,8 ganz erheblich überbieten; denn er legte die Strecke in der neuen Weltrekordzeit von 12:12 zurück. Bei der gleichen Veranstaltung schufen die Damen Miss Laurie über 100 Meter mit 1:13 und Miss Oberle über 75 Yards mit 45,3 Sek. neue Weltrekorde.

Reugier als Verfallener. Ein Hamburger Arbeiter, der während des Oktoberputsches 1923 von einer Angel getroffen worden war, hatte auf Grund des Tumultschadengesetzes Entschädigungsansprüche erhoben, die jetzt dem Verfallensgericht zur Entscheidung vorliegen. Dieses lebte die Berechtigung des Anspruchs mit der Begründung ab, daß gemäß § 24 des BGB. begründete Erlösansprüche nur dann bestehen, wenn bei der Entstehung des Schadens ein Verfallender des Verfallens nicht in Frage kommt. Der Kläger hatte aber zu jenen Reugierigen gehört, die, ohne auf die öffentliche Warnung zu achten, das damalige Kampfgebiet betreten haben.

Der Ringkämpfer als Philosoph. Der bekannte Weltmeisterschaftsringkämpfer Georg Hackenschmidt ist unter die Schriftsteller gegangen; Hackenschmidt, der ein Bakte ist und während des Krieges lange Zeit in deutscher Gefangenschaft war, hat eine philosophische Abhandlung herausgegeben, in der er feststellt, daß die Ausmerzung der Individuen als Folge der modernen Erziehung die zeitliche Entwicklung des Menschen beeinträchtigt, und daß dadurch das Gefühlsmäßige immer mehr ausgedehnt werde.

Konkurs Angerstein. Ueber das Vermögen des Massenwörbers Angerstein, der sich bekanntlich in Rimburg in Untersuchungshaft befindet, wurde laut einer Solger Meldung des „Mainzer Anzeigers“ der Konkurs eröffnet.

Ein guter Fang. Die amerikanischen Prohibitionsbehörden haben den englischen Dampfer „Comet“ nach einem heftigen Feuergefecht, bei dem sogar Maschinenabwehre in Tätigkeit traten, beschlagnahmt. Das Schiff, dessen Besatzung gefangenengeleitet wurde, führte 12 000 Kisten alkoholhaltiger Getränke im Werte von über einer Million Dollar an Bord.

Verdingung.

Die Arbeiter und Versicherungen für die elektrische Lichtanlage für den Neubau eines Holzhauses, einh. T. in Reichswald, Ober- und Untere Seldstraße, sollen öffentlich vergeben werden.

Verdingungsunterlagen sind auf dem unterzeichneten Hochbauamt in den Dienststunden von 10-12 Uhr gegen Erstattung von 3.- Gulden erhältlich.

Verdingungsstermin am Freitag, den 23. 2. 25, mittags 12 Uhr. (16639)

Städt. Hochbauamt, Danzig, Neffstraße 33/35.

Zigarren

100 Stück in Kisten von 7 G an
Auf Verlangen 100 Zigaretten gratis
Walter Belau, Fleischergasse 92

Maschinenstrome

24 Herren und Damen verleiht nur 3 Gulden an
Waldenstraße 2, Danzig-Nord.

SIL

Das prachtvollste Schneeweiß
mit jeder Wäsche, die mit Sil behandelt ist.

SIL
Merkmal's bestes Bleich- und Wuschmittel
in jeder Schale, Flasche, Kiste, Packung, etc.

Garant. frische Trink-Eier
(Reprodukt) soeben eingetroffen,
ferner frische kleine
Trink- und Guß-Eier
(nach Gewicht) Gefäß mitbringen

Eier-Zentrale Danzig

Breitgasse 17 - Telephon 629, 7337 16645

Elektr. Anlagen sowie Reparaturen führt nachgem. aus
Willy Thum, Reithahn 3. Tel. 2318. 16616

Die Reinigung erfolgt am Platz, daher

Reinigen in 3 Färben in 5 Waschen in 8 Tagen

Annahmestellen in allen Städten

HANS SCHNEIDER, Danzig-St. Altmacht
Telephon: Danzig 3321, Franz 44, Zapfen 308
Kas. erstinstanz
Franz, Neumann Straße 2, h. Hans Thum

Instrumente für Zahnleidende

Pfeifferstadt 71
1 Minute vom Bahnhof

Große und bestgerüstete Praxis Danzigs.
4. Operationszimmer - Eigenes Laboratorium.
Spezialbehandlung von 8-7 - Sonntags von 9-12 Uhr.

Zahnversatz - sorgfältig, festhaltend u. angenehm leicht
Zähne ohne Platte - Kronen in Gold u. Gold-
masse, Silber etc. -
Stomachien - wird mit dem neuesten Apparat, mit
Zusatz von Bismut, Phosphor u.
Zahnziehen - behandelt wird speziell hingewiesen auf
die Annehmungen und Entschmerzungen der vielen kranken Patienten.
Die Fische - sind sehr wichtig.
Zusammen mit Füllung, Plomben von 2 6 an
wenn für Patienten werden möglichst an einem Tage behandelt.
Für alle kranken Patienten werden 20 Uhr. Sonntags 2. Zahnarzt.
Längstige Erfahrung mit der Zahnheilkunde der vielen kranken
Patienten liegen für zur besten Arbeit.

Billig. Verkauf!
Damen- Schirme
u. Herren- Schirme
in Seide und Halbfeder.
Damen-Schirme,
No. von 8 G an. 16 32
Fr. Kowmann,
Danzig, 14.

Spünil - Schweiß-
mittel
bekannt. Rinsat, Saug-
geräten 42. 16512

Flüßiger Korkmaler
gesch. (433
H. Schmittschmidt, Danzig.

2 Bände
(Die Praxis des modern.
Krankheitslehre) mit 12
präzisen Abbildungen
deser und 2. Bänd. Hand-
wagen billig zu verkaufen.
Schmidt, (433
Süd. Danzig 23, 2.

Schreibmaschinen - Reparaturen
Willy Thum, Reithahn 3.
Telephon 2318.

Danziger Nachrichten

Ein Jubiläum des Gen. Sehl

Gen. Julius Sehl konnte gestern das sechste Jubiläum begehen. 25 Jahre beruflich im Dienste der Arbeiterbewegung tätig zu sein. Bereits als Zweifundzwanzigjähriger hatte er sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen und wurde auch bald ein rühriges Mitglied in seiner beruflichen Organisation der Maurer. Die gewerkschaftliche Organisation der Maurer war damals noch gespalten in zwei sich scharf bekämpfenden Richtungen, die Zentralisten und die Sozialisten. Gen. Sehl gehörte der letzteren Richtung an. Vor 25 Jahren wurde er in dieser Organisation Geschäftsführer. In beiden Richtungen steuerte aber im Laufe der Jahre der Einigungsgedanke und Gen. Sehl konnte im Winter 1907/8 die Einigung zwischen seiner Organisation und dem Zentralverband der Maurer herbeiführen. Als Leiter der vereinigten Organisation und später des Bauarbeiterverbandes kam Gen. Sehl dann nach dem Osten Deutschlands. Hier hat er auf dem steinernen Boden in Polen und Westpreußen der Arbeiterbewegung wertvolle Dienste geleistet. Als Nachfolger Artur Grubiers wurde er 1912 zum Parteisekretär für Westpreußen gewählt. Während des Krieges und später während der Revolution fand er an vorderster Stelle in der Danziger Arbeiterbewegung. Trotzdem er heute nicht mehr an den Jüngern zählt, kann er mit der Pflichterfüllung, mit der er seine mannichfachen Ämter in der Arbeiterbewegung wahrnimmt, manchen Jüngeren als Vorbild dienen.

Die Volkskammerfraktion veranstaltete zu Ehren des Jubilärs gestern eine kleine Feier, bei der dem Gen. Sehl in Wort und Schrift manche Anerkennung zufließen wurde. Möge es ihm verahnt sein, noch lange Jahre in bisheriger Arbeitsfreudigkeit in unseren Reihen mitzuwirken am Aufbau des Sozialismus.

Der Konkurs der Bauhütte eingestellt.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Bauhütte, das am 27. Januar eröffnet wurde, ist jetzt vom Gericht wegen Unzulässigkeit der Klage eingestellt worden. Nach dem Bericht des Konkursverwalters Emil Gardner in der ersten Gläubigerversammlung am 6. Februar wäre der Konkurs nur dann fortzuführen gewesen, wenn die Gläubiger einen Kostenvorschuss von etwa 30.000 Gulden eingebracht hätten. Auf Wunsch der Gläubiger wurde die Verhandlung vertagt, um sich über diese Frage schlüssig machen zu können.

In der nächsten zweiten Gläubigerversammlung erhaltete der Konkursverwalter zunächst nochmals Bericht. Eine genaue Vermögensübersicht hat sich noch nicht machen lassen, da es an überflüssiger Privatvermögen fehlt. Der Konkurs wurde eröffnet, nachdem 1500 Gulden eingebracht waren. Bisher sind 1128 Gulden Kosten entstanden. Ein großer Teil des Vermögens ist beschlagnahmt. Ob diese Beschlagnahmen alle werden angesetzt erhalten werden können, erscheint zweifelhaft. Ohne gerichtliche Prozesse werden diese Sachen nicht eintreiben werden können. Auch die Beschlagnahmer seien an Pfändungen geknüpft, der Bauhüttenverband ten Einlösungen hat gewisse Rechte und Maschinen erworben. Der Bauhüttenverband ist der Bauhütte eingetragene. In der Klage ist nichts vorhanden. Nach Ansicht des Konkursverwalters hat die Weiterführung des Konkursverfahrens keinen Zweck.

Der Gläubigerausschuss, bestehend aus den Herren Walter Weber, H. Schmidt, Dr. Danendorf, Dr. Schmidt und August Korbad, hatte die Gläubiger zu einer Versammlung einberufen in der beschlossen wurde, die Zahlung eines weiteren Kostenvorschusses als unmöglich abzuweisen. Der Gläubigerausschuss hat selbst die Güter einsehen und sich über die Lage unterrichtet. Für den Gläubigerausschuss erhaltete Weber Bericht. Die Bauhütte war auf einer offenen Grundfläche aufgebaut und das Grundstück eine auch im Jahre 1922 sehr auf. Auch im Jahre 1923 konnten noch 65.000 Mark zurückgestellt werden. Im Jahre 1924 sind dann mit Mieteerträgen rückwärts. Die Vermehrung wurde nicht ordnungsmäßig gepflegt. Dadurch war es der Forderung erschwert die Lage zu erkennen. Die Bauhütte übernahm dann Privatvermögen zu festen Preisen. Dabei hätte sie sich aber verrechnet und auch wohl nicht die Wertvermehrung voraussehen. Bei drei Villenbauten sollte die Bauhütte 150.000 bis 160.000 Gulden zu. Dieser Betrag konnte die Gesellschaft dann nicht mehr einholen. Es müßte jetzt zum Zusammenbruch kommen.

Nach der letzten Bilanz hat die Gesellschaft buchnäßig einen Gewinn von 65.000 Gulden. Der Materialienbestand beläuft sich auf 29.000 Gulden. In aber in Wirklichkeit verbrannt, ohne daß die heranzuschenden Sachen angesetzt worden sind. Der Gläubigerausschuss empfiehlt eine Vorzahlung nicht.

Er will wies darauf hin, daß die Bauhütte durch schlechte

Buchführung und Vermehrung zugrunde gegangen ist. Sie war aber bereit, an die Gläubiger 25 Prozent ihrer Forderungen zu zahlen, um dann von neuem anzufangen. Ein Teil der Gläubiger, darunter der Berichtsführer Weber, haben das aber nicht gewollt und so verlieren jetzt alle Gläubiger ihre ganzen Forderungen. Man habe geglaubt, in den Büchern andere Entscheidungen machen zu können.

Der Vorsitzende teilte mit, daß er dem Konkursverwalter nicht weiter zuzustimmen könne, die Geschäfte zu führen. Er würde sich sonst Vorwürfen und zivilrechtlichen Gefahren aussetzen. Die Prozesse müßten sofort angekreuzt werden. Wie der Konkursverwalter mitteilte, betragen die bevorstehenden Forderungen etwa 33.000 Gulden. Die Unterbilanz betrage mindestens 200.000 Gulden. Da sich niemand zur Bezahlung des Kostenvorschusses meldete, vertändete der Vorsitzende den Beschluß der Einstellung des Konkursverfahrens.

Verbesserung der Stromversorgung.

Ein neues Kabelnetz in der Innenstadt.

In der elektrifischen Stromversorgung der Innenstadt waren in letzter Zeit häufig Störungen zu verzeichnen. Die Ursache dieser unangenehmen Stromunterbrechungen war auf die Überlastung und Veraltung des Gleichstrom-Kabelnetzes zurückzuführen. Die Verwaltung des Stadt-Elektrizitätswerkes will nunmehr zur Erneuerung der Kabel schreiten. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Innenstadt wie meistens bereits Langfuhr von Gleichstrom auf Drehstrom umgeschaltet werden. Die Verteilung des Stromes soll durch drei Transformator-Stationen erfolgen. Diese sollen gleichmäßig auf das Stromnetz der Innenstadt verteilt werden und zwar ist geplant je eine Station in der Markthalle, Wiesenbühnen und Feuerwehrturm unterzubringen. Ursprünglich war für die letzte Station der Stockurm in Aussicht genommen, doch hat man von dieser Verhandlung erkranklicher Weise endgültig Abstand genommen. Die Hausanschlüsse müssen infolge Umstellung von Gleich- auf Drehstrom ebenfalls erneuert werden, doch ist zunächst beabsichtigt, nur den Lichtstrom umzuschalten. Man hofft damit zunächst die Überlastung des Stromnetzes soweit abzumildern, daß zukünftig Störungen verhindert werden.

Joppoter Karneval 1925.

Joppots Gaststätten rüsten sich in großartiger Weise zur Feier des diesjährigen Karnevals. Ein umfangreiches Festprogramm steht von Sonnabend bis Dienstag folgende Veranstaltungen vor: Kinder-Rästelball, großen Karneval-Eröffnungsball mit Kleben-Modellbahnbetrieb am Sonnabend. Der Sonntag soll farnevalistisches Treiben in der festlich geschmückten Seekrache bringen. Am Mittwoch ist Promenaden-Doppelkonzert. Um die Danziger Gäste reibungslos nach Joppot zu befördern, verlassen ab 2 Uhr alle 10 Minuten Extrazüge den Danziger Bahnhof. Am Sonntagabend ist im Joppoter Stadttheater Aufführung des Schwanks „Der wahre Vater“. Der Rosenmontag steht nachmittags im Roten Saal des Kurhauses eine große Modenschau mit Überraschungen und dem Spektakel „Der Einbruch in den Rotekalender“ vor. Bekannte Mitglieder des Danziger Stadttheaters wirken dabei mit. Abends ist in diesem Saal Rosenmontags-Festhaltung mit anschließendem Ball in sämtlichen Festräumen des Kurhauses.

Der letzte Mann in den U.S. - Kabinen. Der U.S.-Film „Der letzte Mann“, in der Hauptrolle Emil Hanning, der nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland großes Aufsehen erregt hat, wird nunmehr in den U.S.-Kabinen am Hauptbahnhof zur steifen Kranfführung gelangen. Dieser Film, der in den New Yorker Broadway-Theatern „Hialto“ und „Hivoli“ anreist mit einem außerordentlichen Erfolg ansetzt, stellt nach Berichten der Presse, durch die Darstellungskunst Emil Hannings, durch die neuartigen photographischen Einstellungen von Karl Freund und die Regiekunst von F. W. Murnau einen Meilenstein in der Entwicklung der Filmproduktion dar. Der Film läuft vom 27. Februar bis 5. März.

Die Preise für Schlachtvieh wurden auf dem gestrigen Viehmarkt wie folgt notiert: Rinder: Ochsen: Ausgemästete höchsten Schlachtwerts 33 bis 41, fleischige jüngere und ältere 30 bis 34, mäßig gemästete 28 bis 36. — Bullen: Ausgemästete höchsten Schlachtwerts 33 bis 41, fleischige jüngere und ältere 30 bis 33, mäßig gemästete 28 bis 35. — Färsen und Kühe: Ausgemästete Färsen und Kühe höchsten Schlachtwerts 42 bis 45, fleischige Färsen und Kühe 30 bis 35, mäßig gemästete Kühe 18 bis 20. Ferkel: einjährig Krefzer 22 bis 24. — Käse: Feinste Makkäler 70 bis 80, gute Makkäler 50 bis 60, gute Saugläber 30 bis 35, geringe Makkäler 20 bis 25. — Schafe: Mastlammern und jüngere Mastlammern 28 bis 31, fleischige Schafe und Hammel 18 bis 24, mäßig gemästete Schafe und Hammel 12 bis 15. — Schweine: Fettfleisch über 100 Kilo Lebendgewicht 50

bis 62, vollfleischige über 100 Kilo Lebendgewicht 58 bis 59, fleischige von 75 bis 100 Kilo Lebendgewicht 50 bis 53. — Die Preise verziehen sich für 50 Kilo Lebendgewicht in Danziger Gulden frei Schlachthof. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einjährig. Gewichtserlöse. Die Staffelpreise verringern sich entsprechend. — Der Auftrieb vom 10. bis 16. Februar betrug rund 45 Dösch, 125 Bullen, 193 Kühe, zusammen 302 Rinder, 109 Kälber, 781 Schafe, 1473 Schweine. — Der Marktverkauf ergab folgendes Bild: Rinder langsam, Ueberhand, Kälber geräumt, Schafe langsam, Schweine ruhig.

Aufregung über die Steuerpfindung. Der Besitzer B. in Regenhof war mit der Zahlung seiner Steuer im Rückstand. Der Steuervollstreckungsbeamte erhielt deshalb den Auftrag, die Steuer beizutreiben. Er fand aber nur die Besitzfrau zu Hause, die ihm erklärte, sie habe kein Geld, ihr Mann werde die Steuer bezahlen. Der Steuerbeamte ging darauf nicht ein und pfändete die Nähmaschine, indem er ein Siegel auf die Tischplatte klebte. Die Frau geriet darüber in Aufregung, verweigerte das Unterschreiben des Pfändungsprotokolls, löste das Siegel ab, beschimpfte den Beamten, griff ihn an die Brust und drohte, ihm einen Topf heißen Wassers über den Kopf zu gießen. Die Frau stand nun vor dem Schöffengericht. Sie ist schwächlich, kränklich, nervös und hat viele Kinder. Diese Umstände wirkten strafmildernd. Wegen Beleidigung und Unrechthabens wurde sie zu 50 Gulden Geldstrafe verurteilt. Ein Widerstand gegen die Staatsgewalt habe nicht vorgelegen, da die Pfändung bereits vollzogen war.

Der Reichsbund der Kriegsbekämpften hielt dieser Tage eine Bezirksversammlung für Heubude und Umgegend ab. Die Versammlung war von ehemaligen Mitgliedern des Reichsbundes ziemlich gut besucht. Schibowski hielt einen ausführlichen Vortrag über die Rentenversorgung und soziale Fürsorge der Kriegsoffer. Darauf wurde beschlossen, erneut eine Bezirksgruppe Heubude und Umgegend ins Leben zu rufen. Durch die Infektion war die Organisation dort fast aufgegeben. In der Ansprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß es in der jetzigen schweren Zeit unbedingt nötig sei, daß sich alle Kriegsoffer vereinigten. Nachdem wurde zur Bezirksvorstandswahl geschritten. Als Vorsitzender wurde gewählt Hans Meding, Heubuder Straße 16, zum Kassierer Emanuel Rieger, Dammstraße 10. Nach der Vorstandswahl wurde beschlossen, bald wieder eine Versammlung in Heubude abzuhalten. Die noch nicht eingetretenen Mitglieder sollen erneut aufgefunden werden, um sie wieder im Bezirk Heubude zu vereinigen.

Note-Kreuz-Übungen. Die Reichstädtische Mittelschule veranstaltete am vergangenen Freitag in ihrer Turnhalle, Gertrudengasse, einen Elternabend, der ein reichvolles Bild von Schülerturnen und Schülersport bot. Oberturnlehrer Gradowski, der den Abend sachmännlich und sorgfältig vorbereitet hatte, hielt einen Vortrag über Turnen im Sinne und nach den Zielen des Turnvaters Jahn. Die Vorkämpfer der Schüler boten ein Bild von turnerischer Kraft und Fraktion! Das Programm hatte Freilebungen modernster Art und Geräteturnen vorgesehen. Der Abend brachte 400 Gulden für das Note Kreuz.

Der Verkehr im Hafen.

Eingang. Am 17. Februar: Danziger D. „Wetzel“ von Hamburg mit Gütern für Behnde & Sieg, Uferbahn; schwedischer D. „Egil“ von Stockholm via Memel mit Gütern und Passagieren, für Behnde & Sieg, Freiort.

Ausgang. Am 17. Februar: Deutscher D. „Senal“ nach Kolbing mit Teilladung Pferden für Behnde & Sieg; deutscher D. „Energie“ nach Rotterdam mit Holz und Gütern für Behnde & Sieg.

Joppot. Hygienischer Volksbelehrungsabend. Am Donnerstag, den 18. d. Mts., findet in Joppot, im Realgymnasium, der dritte hygienische Volksbelehrungsabend der Allgemeinen Ortskrankenkasse von Dr. med. Gorn-Joppot statt. Wir machen auf das Interesse in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung aufmerksam.

Wasserstandsnotizen vom 18. Februar 1924.

Bowichorst . . .	16. 2. 17. 2	Kurbach . . .	+ 1,95 + 1,98
Warkhan . . .	+1,40 + 1,72	Montauspöhe . . .	+ 1,34 + 1,37
	16. 2. 17. 2	Dickel . . .	+ 1,39 + 1,41
	+1,73 + 1,88	Dirschau . . .	+ 1,24 + 1,26
	17. 2. 18. 2.	Einlage . . .	+ 2,36 + 2,30
Dloak . . .	+1,21 + 1,23	Schienenhorst . . .	+ 2,62 + 2,60
	17. 2. 18. 2.	Regat . . .	
Thorn . . .	+1,27 + 1,37	Schönan D. D. . .	+ 6,70 + 6,68
Kordun . . .	+1,36 + 1,47	Balaunberg D. D. . .	+ 4,60 + 4,60
Calm . . .	+1,39 + 1,47	Reuhorsterbusch . . .	+ 2,02 + 2,04
Brandenz . . .	+1,42 + 1,48	Rwache . . .	+ . . .

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Frooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Sehl & Co., Danzig.

Amiliche Bekannmachungen.

Die Zement- bzw. Kieslieferung

zum Neubau des Geschäftshauses der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig, Wallgasse, soll auf dem Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Verdingungsunterlagen sind gegen Erstattung der Selbstkosten von 1 Gulden pro Los im Architekturbüro, Löffergasse 4, erhältlich. Die Eröffnung der Angebote erfolgt am Freitag, den 27. Februar 1925, vormittags 10 Uhr, daselbst in Gegenwart etwa erscheinender Bieter.

Spätere Angebote werden nicht berücksichtigt. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Der bauleitende Architekt Adolf Bielefeldt.

Jede Sorte

See- und Flußfische

sowie

sämtl. Fischmarinaden

geräuch. Sprotten und Bücklinge

sind täglich frisch zu haben bei

Ernst Eckermann, Danzig

Post 722. Fischmarkt. Tel. 722.

Bilanz am 1. Januar 1925.

aktiva.	Passiva.		
An Kassa-Konto	874 91 G	Per Mitglieder-Guthaben-Konto	9 335 29 G
Bank-Konto	706 34	Hypotheken-Konto	51 300 —
Effekten-Konto	150 —	Konto-Korrent-Konto	5 913 94
Gewinn-Rücklagen-Konto	61 300 —	Reservefonds-Konto	1 103 88
Offen-Konto	2 —	Betriebs-Erweiterungs-Konto	2 272 —
Januar-Konto	1 —	Reisefonds-Konto	2 272 —
Jahres-Konto	1 —	Gewinnanteil-Konto	4 544 —
Betriebs-Konto	12 030 61		
Faktoren-Konto	357 80		
Sach-Konto	25 —		
Konto-Korrent-Konto	1 582 45		
	78 741 11 G		78 741 11 G

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1924.

aktiva.	Passiva.		
Zu Beginn-Konto	56 580 89 G	Per Betriebs-Konto	115 482 91 G
Sonst. Erträge-Konto	18 700 88	Sach-Konto	1 983 65
Jahres-Konto-Kontingenz-Konto	3 716 58		
Gewinn-Rücklagen-Konto	1 426 35		
Sieher-Konto	10 168 77		
Zinsen-Konto	980 53		
Faktoren-Konto	4 063 17		
Januar-Konto	3 548 25		
Jahres-Konto	7 667 25		
Offen-Konto	48 —		
Effekten-Konto	80 —		
Betriebs-Erweit.-Konto	2 802 —		
Reisefonds-Konto	2 272 —		
Reservefonds-Konto	1 011 88		
Gewinnanteil-Konto	4 544 —		
	117 426 56 G		117 426 56 G

Zahl der Genossen am 1. Januar 1924: 60 Genossen
 Anzahl der Genossen am 1. Januar 1925: 68 Genossen
 Danzig, den 1. Januar 1925.

Präsident des Ausschusses der Danziger Bäcker u. Konditoreiarbeiter, e. G. m. b. H.
 E. Hoop
 W. Roßner

Teilzahlung

Zahnkranke

Erstkl. Ausführung in naturgetreuem, feststehendem Zahnersatz, Kronen und Brückenarbeiten in Gold.

Plombieren wird mit den modernsten Apparaten schonend und gewissenhaft ausgeführt.

Umarbeiten schlechtester Gebisse u. Reparaturen werden schnell u. sorgfältig zu billigsten Preisen ausgeführt.

Freie Zahnzahnen mit Betäubung
 Künstliche Zähne 20
 ohne jede Nebenberechnung

Conrad Köppen

Sprechzeit 8-7, Sonntags 11-1 Uhr
 Tel. 5355 Brellgasse 96, 1 Tel. 5356
 2. Haus von den Danziger Neusten Nachrichten 13754

Teilzahlung

Elegante und einfache Damen- und Kinder-Garderobe

wird täglich, billig und schlagend angefertigt. Edle Aufträge in 1-2 Tagen. Kostime von 25.— G an, Kleider von 10.— G an, Mäntel von 20.— G an, Rock von 5.— G an

Reise Tar 10/11. Geschäft von 8-4 Uhr.

Fr. Platkowski, Schneidermeister.

